

Protokoll:

Rm Biebricher (CDU) fügt der Antragsbegründung hinzu, beim Ausbau der erneuerbaren Energien werde die Windkraft die tragendste Rolle spielen. Aus diesem Grunde sei man froh, dass man heute einen solchen Vorschlag machen könne, zur Änderung des Flächennutzungsplans, um am Layer Berg eine Sonderbaufläche Windkraft auf den Weg zu bringen. Zudem sei erfreulich, dass dies ein Fall sei, in welchem die Sache von „unten nach oben“ laufe, denn die Layer hätten selbst diese Idee entwickelt. Dies sei in deren Ortsbeirat diskutiert und auch sehr positiv aufgenommen worden. Dies sei nicht selbstverständlich, insbesondere im Hinblick auf den 2005 in der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald gescheiterten regionalen Raumordnungsplan, Teilplan Windenergie. Dies werde auch in Zukunft immer schwieriger werden, insbesondere da man wisse, dass zukünftig noch mehr in verschiedenste Dinge eingegriffen werden müsse als damals. Man müsse zum Beispiel die Abstandsflächen verringern sowie Leitungstrassen bauen, um dieses Ziel zu erreichen. Er betont, es sei demnach sehr erfreulich, dass man in Lay nicht nur von der Energiewende reden wolle, sondern auch Taten folgen lasse. Hierfür könne man den Layern dankbar sein. Er merkt an, dies sei eine sehr verträgliche Sache, welche weit genug von der Wohnbebauung entfernt sei und bitte daher um Zustimmung zur Flächennutzungsplanänderung.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0115/2011).

Rm Lehmkuhler (SPD) führt zunächst zu den Ausführungen des Rm Biebricher aus, er sei erstaunt, dass dieser nun so für die Windkraftenergie eintrete, wo er doch vor ein paar Jahren als Ortsvorsteher gegen Windkraftanlagen im Gebiet von Rübenach gestimmt habe.

Er erklärt, man könne sich den Ausführungen des Baudezernenten Prümm anschließen und nur diese Vorgehensweise würde Sinn machen. Man müsse die gesamte Bevölkerung mitnehmen und das gesamte Stadtgebiet betrachten und dies in aller Ruhe diskutieren und ein Konzept für das gesamte Stadtgebiet beraten. Demnach schließe man sich der Empfehlung der Verwaltung an.

Rm Diederichs-Seidel (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, man freue sich von Seiten der Grünen-Fraktion außerordentlich, dass die CDU nicht nur auf Bundesebene versuche, aus ihrer umweltpolitischen Sackgasse heraus zu kommen, sondern auch lokal das Bekenntnis zum Klimaschutz immer deutlicher werde. Allerdings korrespondiere dieses Bekenntnis leider noch nicht ganz mit den notwendigen Taten, welche für einen effektiven Klimaschutz unabdingbar seien. Klimaschutz sei eine Querschnittsaufgabe über alle Verwaltungsbereiche hinweg und das Aufstellen eines Windrades irgendwo bringe daher wenig. Zu Rm Biebricher bemerkt er, er konterkariere seine Forderungen nach Klimaschutz auf Grund verschiedenster Entscheidungen im Stadtrat wie, dass sowohl auf das Dach des Kulturgebäudes als auch des Einzelhandelsgebäudes keine fotovoltaischen Module installiert werden würden. Zerstört werde die Klimaschutzargumentation gerade zu durch die Tatsache, dass man rund 6000 Autofahrten zusätzlich in die Innenstadt hole mit dem neuen Einkaufszentrum. Zudem setze er sich nicht dafür ein, dass die vielen Unternehmen, welche ihm nahe stünden, echten Naturstrom beziehen würden und nicht nur mit Verschmutzungszertifikaten handeln würden.

Er weist auf den zurzeit in der Diskussion befindlichen regionalen Raumordnungsplan hin. Man kenne den Entwurfstext. Wichtig sei im Zusammenhang mit der Windenergie zu sagen, und dies korrespondiere mit den Bemühungen der Landesregierung, dass es zu einer geordneten Entwicklung der Windenergie kommen müsse. Eine Zusammenarbeit der Stadt Koblenz mit anderen Gemeinden, gerade im Randbereich der Stadt, sei geboten. Er betont, dezentrale Energieversorgung sei zwar notwendig, aber es müsse nicht in jedem Dorf ein Windrad stehen.

Es gehe beim neuen regionalen Raumordnungsplan vor allen Dingen auch um Repowering und um die Bündelung von Standorten. Von Seiten seiner Fraktion biete man daher im Stadtrat an, in Sachen Klimaschutz noch enger zusammenzuarbeiten. Wenn man daher diesen Antrag von Seiten der CDU-Fraktion als Prüfauftrag an die Verwaltung formuliere, einige Standorte nochmals zu untersuchen und vor allen Dingen Kooperationen mit anderen Kommunen einzugehen und dann gemeinsam mehr Geld zu verdienen, als man alleine verdienen könnte, unterstütze man das Anliegen der CDU-Fraktion.

Er bemerkt noch, grundsätzlich würde er gerne die Rechtskraftwerdung des neuen regionalen Raumordnungsplanes abwarten und nach der Offenlage, welche im September beginne, werde sich vieles noch präzisieren. Wenn man sich also um Frühsommer 2012 im Umweltausschuss gemeinsam unterrichten lasse, blicke man dieser Diskussion freudig entgegen.

Rm Biebricher (CDU) bemerkt zu den Ausführungen des Rm Diederichs-Seidel, er finde es ebenso erstaunlich, wie nun von Seiten der Grünen-Fraktionen, welche doch sonst immer Befürworter gewesen seien, nun gesagt werde, man wolle erstmal abwarten.

Bezüglich der Ausführungen des Baudezernenten Prümm, zu der Empfehlung der Verwaltung, erklärt er sich mit dem Vorschlag des Verweises an den Fachbereichsausschuss einverstanden. Dennoch frage er sich, wie die Verwaltung überhaupt im Moment die bestehenden oder die möglichen potentiellen Flächen in Koblenz prüfen könne, wenn es doch von oben noch keine neuen Grundlagen gäbe. Er wirft die Frage auf, auf welcher Grundlage nun untersucht werde.

Zu den Ausführungen des Rm Lehmkuhler bemerkt er, er habe grundsätzlich noch nie etwas gegen Windkraft gehabt, sondern nur dort, wo es wirklich der Bevölkerung nicht zuzumuten sei. Zudem sei bezüglich der damaligen Entscheidung in Rübenach, diese vom Stadtrat einstimmig abgelehnt worden, da das damalige Vorhaben für Rübenach nicht erträglich gewesen sei, worin man sich damals auch einig gewesen sei.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann bemerkt, man habe aus Fällen wie Rübenach, aber auch Stuttgart 21 gelernt und halte es daher für ganz wichtig, ab dem Aufstellungsbeschluss der jeweiligen Gebiete, die Bevölkerung wirklich darauf hinzuweisen, was dort passiere und die Bevölkerung frühzeitig zu sensibilisieren, dass dort so etwas passiere. Man könne sich heute nicht mehr leisten, dass bei diesem Thema die Konsequenz sein könne, dass nachher gar keine Windräder mehr kämen.

Rm Diederichs-Seidel (Bündnis 90/Die Grünen) führt zu der Frage des Rm Biebricher aus, auf welcher Grundlage denn entschieden werden solle, dass diese Grundlage der neue regionale Raumordnungsplan festlegen werde und sich im Zuge der Offenlegung dieses Planes noch vieles präzisieren werde. Er bemerkt, es gebe zwar noch viele ungeklärte Fragen, dennoch habe man sich im Vorstand der regionalen Planungsgemeinschaft dazu durchgerungen, in die Offenlage zu gehen und den Gesamtplan auf den Weg zu bringen. Im Zuge der Einwendungen, die kommen würden, werde man den Textentwurf dann nochmals überarbeiten.

Dies seien also die Grundlagen, auf denen man entscheiden könne, was jedoch erst nach Eintritt der Rechtskraft des neuen regionalen Raumordnungsplanes passieren könne.

Rm Biebricher (CDU) zitiert aus dem neuen regionalen Raumordnungsplan bezüglich der Grundlage für die Verwaltung folgendes: „Eine geordnete Entwicklung der Windenergienutzung soll über die bauleitplanerische Steuerung im Rahmen der Flächennutzungsplanung sicher gestellt werden. Dem Ersetzen von bestehenden Anlagen durch moderne Anlagen im Rahmen des Repowerings, soll an gebündelten Standorten Vorzug vor Neuerrichtung gegeben werden.“ Er

bemerkt dazu, wenn dies die Grundlage sei, auf der die Verwaltung arbeiten solle, habe sie alle Freiheiten.